

RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 1/2024
KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA
2025



AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

EINLEITUNG 3

MEHR ALS 50.00 VERTRIEBENE IM NORDEN ÄTHIOPIENS..... 4

ÄTHIOPIEN: AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN IN DER REGION AMHARA MÜSSEN BEENDET UND DIE TÄTER VOR GERICHT GEBRACHT WERDEN 5

ANDAUERENDE AUSSERGERICHTLICHE TÖTUNGEN IN NORDÄTHIOPIEN MERAWI-MORDE MÜSSEN UNABHÄNGIG UNTERSUCHT WERDEN 7

ÄTHIOPIEN: BEHÖRDEN MÜSSEN AUFHÖREN, DAS AUSNAHMEZUSTANDSRECHT ZU MISSBRAUCHEN 9

AMNESTY INTERNATIONAL: JOURNALIST IN AMHARA UNTER AUSNAHMEZUSTAND VERHAFTET..... 11

ÄTHIOPIEN: HILFSORGANISATIONEN WARNEN VOR BEDROHUNG DURCH ÜBERSCHWEMMUNG..... 11

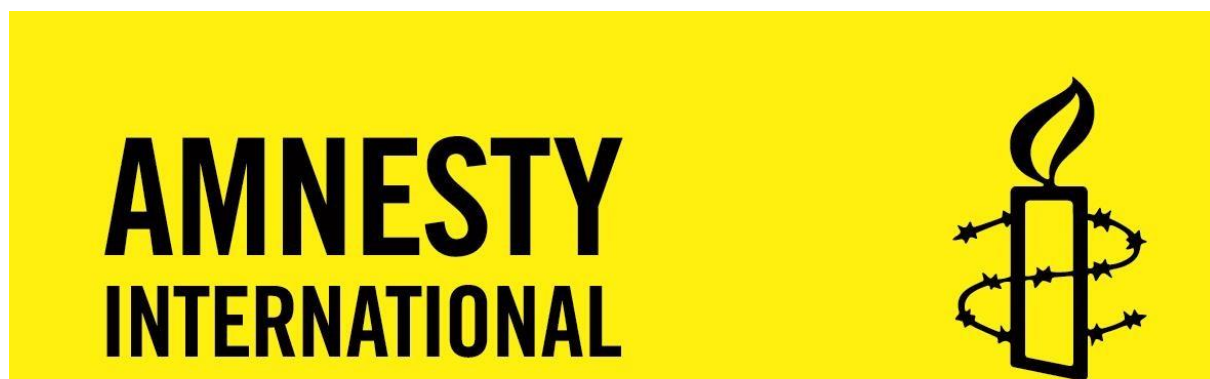
UNICEF: ZUR HUMANITÄREN LAGE IN ÄTHIOPIEN 12

ERITREA MUSS DIE EMPFEHLUNGEN DES SONDERBERICHTERSTATTERS UMSETZEN 13

MAN MUSS MUTIG SEIN: TIGRAY RADFAHRER*INNEN FAHREN NACH DEM KRIEG WIEDER . 14

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Copyright bei Amnesty International



EINLEITUNG

Die neueste Einschätzung zur Pressefreiheit in Äthiopien und Eritrea ist ernüchternd: Äthiopien steht auf Platz 141 von 180 Ländern weltweit. Der aktuelle Bericht von Reporter ohne Grenzen geht z.B. auf Internetsperren/Abschalten des Internets und die Inhaftierung von Journalist*innen ein. Um auf die Situation der äthiopischen Presse aufmerksam zu machen, startete auch Amnesty eine Urgent Action für den im November 2023 inhaftierten Journalisten Belay Manaye.* – Schlusslicht auf der Rangliste der Pressefreiheit ist Eritrea: Platz 180 von 180 Ländern. Seit 2001 gebe es keine frei zugänglichen Nachrichten und Informationen, viele der damals festgenommenen Journalist*innen sind bis heute in Haft oder sogar verschollen. Eritrea sei „eine Informationswüste“, alle Medien stünden unter Kontrolle, so Reporter ohne Grenzen. Aktuell seien 10 Journalist*innen und vier Medienassistent*innen in Haft. **

Die allgemeine Lage, vor allem in Nordäthiopien, hat sich seit dem Friedens-Abkommen im November 2022 zwar verbessert, doch politische Gewalt herrschte 2023 noch immer, besonders in den Regionen Amhara und Oromia, wie der Jahresrückblick des Ethiopia Peace Observatory (EPO) zeigt. Aber auch dessen aktuelle Berichte weisen darauf hin, dass es ebenfalls in den umstrittenen Süd-Gebieten Tigrays immer wieder zu Kämpfen kommt, so dass die Zahl der Vertriebenen andauernd steige. In Amhara wurden Mitte April Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und der amharischen Fano-Miliz gemeldet, bei denen nach Angaben der Regierung 64 Fano-Kämpfer getötet worden sind. In Oromia kam es ebenfalls zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der Oromo-Befreiungsarmee (OLA) – von der Regierung als Oromo-Befreiungsfront (OLF) bezeichnet – und Regierungstruppen. Es herrscht also bei weitem kein Frieden in Äthiopien.*** Diesen Eindruck bestätigen auch die Zusammenfassungen der Berichte in diesem Rundbrief. Außerdem gibt es Artikel, die auf die prekäre humanitäre Lage des Landes hinweisen. Darüber sprachen auch die Außenminister, die sich im April zum G7-Gipfel trafen. Sie äußerten sich besorgt über die anhaltenden und gewalttätigen Spannungen in vielen Teilen Äthiopiens und die Berichte von Menschenrechtsverletzungen, die schwere Wirtschaftskrise und die zunehmende Ernährungsunsicherheit. Vor allem aber forderten sie Äthiopien und Somaliland auf, wegen ihres ‚Memorandum of Understanding‘ (Januar 2024) den Dialog im Rahmen der Afrikanischen Union offen zu halten, um Eskalationen zu verhindern. Das Memorandum ermöglicht Äthiopien, das seit neuestem Somaliland als selbständiges Land anerkennt, den Seezugang. Somalia und Ägypten haben den Vertrag verurteilt.**** - Ans Ende der Nachrichten aus Äthiopien haben wir einen kurzen Bericht gesetzt, der eine kleine Hoffnung auf Normalisierung der Lebensumstände in Tigray vermittelt: Es werden wieder Radrennen gefahren.

Der Rundbrief schließt ab mit der Aufforderung Amnesty, Eritrea müsse die Empfehlungen, die sich aus den Berichten des UN-Sonderberichterstatters ergeben, dringend umsetzen, um die Lage der Menschenrechte in dem Land zu verbessern. Denn sie ist seit Jahrzehnten unverändert schlecht.

*<https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/7782/2024/en/>

**<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/aethiopien>

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/eritrea>

***<https://epo.acleddata.com/2024/04/29/epo-year-in-review-2023-2024/>

<https://epo.acleddata.com/2024/04/24/epo-weekly-update-23-april-2024/>

****<https://www.thereporterethiopia.com/39690/>

MEHR ALS 50.000 VERTRIEBENE IM NORDEN ÄTHIOPIENS

Die UN teilten mit, dass im Norden Äthiopiens über 50000 Menschen aus einem umstrittenen Gebiet vertrieben wurden. Kämpfer aus den rivalisierenden Regionen Tigray und Amhara gingen gewalttätig vor, so dass die humanitäre Lage sehr bedenklich sei: Tausende von Frauen und Kindern bräuchten umfassende humanitäre Unterstützung, um zu überleben. Es geht bei den Kämpfen um das Gebiet Raya Alamata im Süden Tigrays, das von Tigray und dem benachbarten Amhara beansprucht wird.

In dem in Pretoria geschlossenen Friedensabkommen vom November 2022, das zwischen der Regierung von Premierminister Abiy Ahmed und den tigrayischen Behörden geschlossen worden war, war festgelegt worden, dass sich die Amhara-Streitkräfte (die während des Konflikts die föderalen Truppen unterstützten) aus Raya Alamata zurückziehen sollten. Nun beschuldigte die Regionalverwaltung von Amhara die Tigray People's Liberation Front Party (TPLF), die Tigray kontrolliert, in Raya Alamata und andere Gebiete eingedrungen zu sein. Die amharischen Behörden forderten die TPLF auf, sich an das Friedensabkommen zu halten und die Gebiete zu räumen.

Das Problem ist, dass die Streitkräfte der Amhara die umstrittene Region, die von beiden Regionen beansprucht wird, während des Krieges besetzen und noch immer die Kontrolle darüber behalten. Und das in Pretoria unterzeichnete Friedensabkommen erwähnt diese Region nicht, obwohl Aby damals sagte, dass das Problem durch verfassungsmäßige Mittel, beispielsweise eines Referendums, gelöst werden könne. Doch es geschieht nichts. Benedikt Kamski, ein in Addis Abeba ansässiger Experte für äthiopische Politik vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg, kommentiert das so: „Die äthiopische Regierung scheint nicht gewillt zu sein, das Pretoria-Abkommen rechtzeitig vollständig umzusetzen [...] oder [ist] eher dagegen, alle umstrittenen Gebiete unter Amhara-Verwaltung zurückzugeben.“

Die Entscheidung der Regierung von 2023, regionale Streitkräfte in ganz Äthiopien aufzulösen, hatte bei den Amhara-Nationalisten schon den Eindruck hervorgerufen, das würde ihre Region schwächen, weshalb man sich dagegen wehrte und es ständig zu Kämpfen zwischen föderalen Truppen und Amhara-Miliz kam. Deshalb verhängte die Regierung damals den Ausnahmezustand, der erneuert wurde und bis heute in Kraft ist. Und da der Zugang der Medien nach Nordäthiopien stark eingeschränkt ist, ist es unmöglich, die Situation vor Ort unabhängig zu überprüfen.

Die Berichte über die Kämpfe haben in der internationalen Gemeinschaft Besorgnis ausgelöst. Die Botschaften mehrerer Nationen, darunter der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens und Frankreichs, riefen zum Dialog auf und drängten auf „Deeskalation und Schutz der Zivilbevölkerung“.

Quelle: <https://www.standardmedia.co.ke/africa/article/2001493930/more-than-50000-displaced-by-clashes-in-northern-ethiopia-un> (Ende April 2024)

ÄTHIOPIEN: AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN IN DER REGION AMHARA MÜSSEN BEENDET UND DIE TÄTER VOR GERICHT GEBRACHT WERDEN

Die Äthiopischen Nationalen Verteidigungskräfte (ENDF) haben in Bahir Dar, der Hauptstadt des Amhara-Regionalstaates, Zivilist*innen außergerichtlich hingerichtet und in einigen Fällen Familienmitgliedern das Recht verweigert, ihre Angehörigen zu beerdigen. Dazu veröffentlichte Amnesty International am 26.02.2024 ein Briefing mit dem Titel: „We Thought They Would Fight With Those They Came To Fight, – Extra-judicial executions in Bahir Dar by ENDF soldiers“, welches über diese Vorkommnisse, die von August bis Oktober 2023 stattfanden, berichtet. Im August wurden demnach sechs und im Oktober weitere sechs Zivilist*innen hingerichtet.

Amnesty fordert dringend unabhängige Untersuchungen zu diesen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere angesichts des laufenden bewaffneten Konflikts und der Einschränkungen der Kommunikation und der Medienfreiheit in der Region. Tigere Chagutah, Regionaldirektor von Amnesty International für Ost- und Südafrika, betont die Notwendigkeit der Rechenschaftspflicht für mutmaßliche Täter und Gerichtsverfahren nach internationalen Standards.

Die Hinrichtungen im August fanden in den Vierteln Abune Hara und Lideta statt. Augenzeugenberichten zufolge wurden Opfer aus nächster Nähe erschossen,

darunter eine Frau namens Yitateku Ayalew, die Injera zubereitete, als Soldaten das Feuer eröffneten. Zu den weiteren Opfern gehörten Aynew Defresh, ein Händler, und seine beiden Söhne, die auf dem Heimweg von der Kirche erschossen wurden.

Im Oktober kam es zu weiteren Hinrichtungen im Viertel Seba Tamit. Unter den Opfern waren Patient*innen in einem Gesundheitszentrum sowie drei Brüder und ein Nachbar, die in ihrem Haus getötet wurden. Familienmitglieder wurden zunächst daran gehindert, die Leichen zu bergen, was die Brutalität der Angriffe verdeutlicht.

Untersuchungen von Amnesty International ergaben, dass die ENDF-Soldaten vor dem Konflikt in Bahir Dar aktiv und anhand ihrer Uniformen erkennbar waren. Einige Opfer wurden nach ihrer Loyalität zur lokalen Milizgruppe Fano befragt.

Der Artikel kontextualisiert den Konflikt und weist darauf hin, dass er wegen Spannungen zwischen ENDF und Fano-Milizen entstand, die früher Verbündete in der Region Tigray waren. Die Entscheidung der äthiopischen Regierung, regionale Spezialeinheiten in die föderalen Streitkräfte zu integrieren, führte zu Dissens innerhalb einiger Fraktionen und löste den Konflikt in Amhara aus.

Trotz eines vom Staat verhängten Ausnahmezustands setzte sich die Gewalt in der Region fort, was zu Forderungen nach internationaler Überprüfung und Rechenschaftspflicht führte. Amnesty International teilte seine Ergebnisse den äthiopischen Behörden mit und forderte sie auf zu handeln, jedoch hatte man bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes noch keine Antwort erhalten.

Abschließend hob die von Amnesty verfasste Zusammenfassung des Vorfalls hervor, wie dringend angesichts anhaltender Menschenrechtsverletzungen in der Region Amhara Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht nötig seien. Amnesty ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Situation aufmerksam zu verfolgen, und die äthiopischen Behörden, konkrete Schritte zur Bekämpfung der Gewalt zu unternehmen und den Schutz der Zivilbevölkerung und deren Menschenrechte zu gewährleisten.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/02/ethiopia-end-extrajudicial-executions-in-amhara-region-bring-perpetrators-to-justice/>

ANDAUERENDE AUSSERGERICHTLICHE TÖTUNGEN IN NORDÄTHIOPIEN MERAWI-MORDE MÜSSEN UNABHÄNGIG UNTERSUCHT WERDEN

Der Bericht Amnestys (April 2024) über die Morde an Zivilist*innen im amharischen Merawi durch Mitglieder der Nationalen Verteidigungskräfte (ENDF) macht deutlich, was bereits 2022 von Amnesty und anderen Menschenrechtsorganisationen befürchtet worden war, als die äthiopische Regierung versuchte, die Arbeit der Internationalen Kommission von Menschenrechtsexperten für Äthiopien (ICHREE) zu beenden. Denn die ICHREE spielte eine Schlüsselrolle bei der internationalen Aufsicht, Frühwarnung und Prävention im zweiten Kriegsjahr in Tigray. Als unabhängiger Beobachter sollte sie dafür sorgen, dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit juristisch geahndet würden, auch nach dem Friedensabkommen zwischen Tigray und der Regierung. Amnesty hatte damals geäußert, es sei der Ansicht, dass es in Äthiopien keine glaubwürdigen Rechenschaftsmechanismen gebe und dass der Rechtsrahmen und das Justizsystem des Landes nicht in der Lage sein werde, Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für schwere Menschenrechtsverletzungen zu gewährleisten. Doch im Oktober 2023 endete die Prüfung Äthiopiens durch den HRC.

Nun aber, nach Kämpfen mit Fano-Milizen am 29. Januar, zeigen diese aktuellen Ereignisse und die Behauptungen der äthiopischen Regierung, dass für die im Krieg in Nordäthiopien begangenen Verbrechen bereits Rechenschaft abgelegt wurde, deutlich deren mangelndes politisches Engagement für echte Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht.

Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika kommentiert die Situation folgendermaßen: „Massentötungen kommen in Äthiopien erschreckend häufig vor. Letztes Jahr meldeten UN-Ermittler allein in Tigray mehr als 48 „groß angelegte Tötungen“ seit 2020. Das Fehlen glaubwürdiger Bemühungen der äthiopischen Regierung, den Familien der Getöteten Gerechtigkeit zu verschaffen und solche Gräueltaten zu verhindern, macht das Ganze noch schlimmer.“

In dem vorliegenden Bericht Amnesty Internationals geht es um die amharische Stadt Merawi. Anwohner berichteten Amnesty International, dass ENDF-Soldaten am Vorabend des jährlichen Marienfestes, das am 30. Januar begangen wurde, ortsansässige Männer aus ihren Häusern und Geschäften auf die Straße trieben und Dutzende erschossen. Vier Personen, die die Opfer bestatteten, sprachen von mehr als 50 getötete Menschen (die genauen Zahlen konnten von Amnesty nicht unabhängig überprüft werden). Amnesty International befragte 13 Personen, darunter vier Angehörige von Opfern und fünf Personen, die Leichen von der

Straße geborgen hatten, sowie Gemeindevorsteher und eine medizinische Fachkraft. Außerdem analysierte Amnesty Videomaterial und Satellitenbilder, um zu überprüfen, wo die ENDF ihr Lager aufgeschlagen hatte und auf das Vorhandensein von Leichen, verbrannten Fahrzeugen, aber auch, ob der Zeitrahmen für diese Ereignisse mit Zeugenaussagen korrelierten.

Alle von Amnesty International befragten Bewohner sagten, sie seien am 29. Januar gegen 5:40 Uhr durch das Geräusch von Schüssen und „Explosionen schwerer Waffen“ aufgewacht. Aufgrund des anhaltenden Ausnahmezustands und einer Ausgangssperre zwischen 18:00 und 6:00 Uhr waren die meisten Bewohner von Merawi noch in ihren Häusern, bevor die Kämpfe zwischen Fano-Kämpfern und ENDF-Soldaten begannen. Gegen 10 Uhr hörten die Kämpfe auf, nachdem die Fano-Kämpfer die Stadt verlassen hatten. Anschließend hätten die ENDF-Soldaten mit Hausdurchsuchungen begonnen und seien in örtliche Frühstücksläden eingedrungen, in denen Tagelöhner saßen. Ein Augenzeuge, Familienangehörige der Opfer und diejenigen, die die Leichen bestatteten, berichteten, dass die Opfer Schusswunden am Kopf hatten. Man habe Menschen auf die Straße gebracht und erschossen. Ein vom Crisis Evidence Lab von Amnesty International überprüfendes Video zeigte mindestens 22 Leichen entlang der Hauptstraße der Stadt, ein Anwohner hatte am Ende der Ereignisse 32 Leichen gezählt. Ein 70-jähriger Mann sei getötet worden, als er auf dem Heimweg von seiner Arbeit als Nachtwächter war: ENDF-Soldaten hätten ihn erschossen. – Hinzu kamen von ENDF-Soldaten verbrannte Fahrzeuge, deren Verlust die Besitzer ruiniert.

Der Bruder eines Opfers klagt: „Wie kann eine Regierung das Massaker an Menschen rechtfertigen, wenn sie davon ausgeht, dass sich unter ihnen möglicherweise Kriminelle befinden? Wir leben in Angst.“ Die Regierung solle gegen Kriminelle ermitteln, anstatt Massaker zu nutzen. Das Gesetz müsse alle Handlungen leiten. „Warum massakrieren sie Unschuldige?“

Tigere Chagutah erklärt: „Behauptungen der äthiopischen Regierung, dass die im Krieg in Nordäthiopien begangenen Verbrechen bereits zur Rechenschaft gezogen wurden, zeigen den Mangel an politischem Engagement für echte Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht“. Diese Erklärungen der äthiopischen Regierung vom Februar 2024 zeigen, dass das Fehlen einer internationalen Aufsicht – wie sie die ICHREE darstellte – die äthiopische Regierung zusätzlich ermutigt hat, ihren Pflichten nicht wirklich zu erfüllen. Deshalb forderte Amnesty International den Menschenrechtsrat auf, seine Beobachtung Äthiopiens wieder aufzunehmen.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/04/ethiopia-merawi-killings-should-be-independently-investigated/>

Bereits im Februar 2024 hatte Amnesty einen Bericht über außergerichtliche Hinrichtungen in Amhara unter dem Titel „We thought they would fight with those

they came to fight fight with, not with us“ [Wir dachten, sie würden mit denen kämpfen, wegen denen Sie gekommen waren, nicht mit uns]. In ihm wurde berichtet, dass die äthiopischen Streitkräfte (ENDF) 2023 in Bahir Dar, der Hauptstadt der Region, Zivilist*innen getötet haben.

Amnesty International bekräftigte auch am Ende dieses detaillierten Berichts (19 Seiten) seine Forderung nach Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht in Äthiopien und betonte, dass Straflosigkeit ein entscheidender Faktor für die andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen und den anhaltenden Schmerz und das Leid der Zivilbevölkerung seien.

Quelle: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2024-02/Amnesty-Bericht-Aethiopien-Aussergerichtliche-Hinrichtungen-Februar-2024.pdf>

ÄTHIOPIEN: BEHÖRDEN MÜSSEN AUFHÖREN, DAS AUSNAHMEZUSTANDSRECHT ZU MISSBRAUCHEN

Das Repräsentantenhaus Äthiopiens stimmte am 2. Februar 2024 zu, den Ausnahmezustand in der Region Amhara zu verlängern. Er war im August 2023 ausgerufen worden, weil die Gewalt zwischen Regierungstruppen und Fano-Milizen in der Region Amhara eskalierte. Die Regierung hatte auch den Zugang zu Informationen eingeschränkt, indem sie ein Internetverbot und sporadisch vollständige Kommunikationssperren in dieser Region verhängte. Der Ausnahmezustand hatte die Befugnisse der Behörden erweitert, so dass sie dazu befugt waren Verdächtige ohne Gerichtsbeschluss festzunehmen, Ausgangssperren zu verhängen, das Recht auf Bewegungsfreiheit einzuschränken und öffentliche Versammlungen oder Vereinigungen zu verbieten. Das hatte dazu geführt, dass regierungskritische Politiker und Journalisten willkürlich festgenommen wurden.

Da die Verlängerung der Ausrufung des Ausnahmezustands nicht umgehend in der *Negarit Gazette*, also der Zeitung der Regierung, veröffentlicht wurde, konnten die Äthiopier*innen nicht feststellen, ob ihr Verhalten einen Gesetzesverstoß darstellt oder ob das Gesetz weiterhin landesweit gilt. Dieser Mangel an Transparenz verstößt gegen das Recht auf Zugang zu Informationen und den Grundsatz der Legalität. Tigere Chagutah, Regionaldirektor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika, erklärte, dass die äthiopische Regierung aufhören müsse, auf die alte Taktik zurückzugreifen, die Grundrechte unter dem Vorwand von Notstandsgesetzen zu verweigern. Die Äthiopier seien mit einem bewaffneten Konflikt in der Region Amhara, einer schweren humanitären Krise in Tigray, einer erschreckenden Sicherheitslage in Oromia und weit verbreiteter Straflosigkeit im ganzen Land konfrontiert. Deshalb sei es wichtig, die Rolle der Medien und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu stärken.

Doch nachdem am 3. August 2023 den Ausnahmezustand ausgerufen hatte, verhafteten staatliche Sicherheitskräfte Christian Tadele, ein Parlamentsmitglied, der für seine Kritik an Premierminister Abiy Ahmed bekannt ist, und Kassa Teshager, ein Mitglied des Stadtrats von Addis Abeba. In der folgenden Zeit wurden Yohannes Boyalew, Mitglied des Amhara-Regionalrats, Taye Denda, der ehemalige Friedensminister und Desalegn Chane, Abgeordneter der Oppositionspartei festgenommen, nachdem sie Aby kritisiert hatten. Sie alle befänden sich weiterhin ohne Anklageerhebung in Polizeigewahrsam und dürfen ihre Anwälte nicht treffen, so Familienangehörige. Außerdem kam es zu Massenverhaftungen in Addis Abeba und der Region Amhara.

Im Februar 2024 bestätigte Premierminister Abiy Ahmed gegenüber dem Repräsentantenhaus, dass Tausende festgenommen worden seien, jedoch viele freigelassen, nachdem sie „Bildung“ erhalten hätten. Er bestätigte auch, dass Hunderte noch immer inhaftiert seien. Das trifft auch auf die Journalisten Abay Zewdu, Bekalu Alamrew und Belay Manaye zu. Ein Anwalt, der ihren Fall verfolgt, berichtete, dass die Behörden den Besuch der Journalisten verboten hätten und bisher keine Anklage gegen sie erhoben worden sei.

Amnesty International unterstützt die Äthiopier*innen und fordert Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für die in Äthiopien begangenen Menschenrechtsverletzungen. Die systematische Straflosigkeit bestärke weiterhin die Straftäter*innen. Außerdem hätten die mehrfach aufeinanderfolgenden Ausnahmezustände dazu geführt, dass Menschen dem Risiko von Rechtsverletzungen ausgesetzt seien. Sowohl die derzeitige als auch die frühere äthiopische Regierung nutzten häufig Ausnahmezustände, um willkürlich gegen friedliche Meinungsverschiedenheiten vorzugehen. Während des bewaffneten Konflikts in den Regionen Tigray, Amhara und Afar seien Tausende ethnisch profiliert und unter dem Ausnahmezustand Hunderte Kilometer von ihren Häusern entfernt in großen provisorischen Lagern ohne angemessene Nahrung oder medizinische Versorgung festgehalten worden.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sieht vor, dass einige Rechte im Ausnahmezustand eingeschränkt werden können, aber an die „Erfordernisse der Situation“ angepasst werden müssen, während andere Rechte unter keinen Umständen eingeschränkt oder ausgesetzt werden dürfen. Beschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung seien eng ausgelegt und sollten eng ausgelegt werden; die Beschränkungen dürften „das Recht selbst nicht gefährden“. Die Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker erlaubt keine Abweichung von den in der Charta garantierten Menschenrechten, selbst in Notzeiten. Äthiopien hat sowohl den Pakt als auch die Afrikanische Charta ratifiziert.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/02/ethiopia-authorities-must-stop-using-state-of-emergency-law-to-silence-peaceful-dissent/>

AMNESTY INTERNATIONAL: JOURNALIST IN AMHARA UNTER AUSNAHMEZUSTAND VERHAFTET

Am 13. November 2023 wurde Belay Manaye, Mitbegründer und Moderator des YouTube Nachrichtenkanals Ethio News, in Addis Abeba von einer Gruppe von Polizei- und anderen Sicherheitskräften in Zivil festgenommen. Bis heute wurde er nicht befragt oder über den Grund seiner Festnahme und Inhaftierung informiert, obwohl vermutet wird, dass sie im Zusammenhang mit seiner Berichterstattung über den Konflikt in Amhara steht. Im Rahmen des Ausnahmezustands hat die äthiopische Regierung im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Region Amhara sieben weitere Journalisten willkürlich verhaftet und nur wenige freigelassen. Die äthiopischen Behörden müssen Belay Manaye und die beiden anderen Journalisten unverzüglich und bedingungslos freilassen.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/7782/2024/en/>

ÄTHIOPIEN: HILFSORGANISATIONEN WARNEN VOR BEDROHUNG DURCH ÜBERSCHWEMMUNG

(Mai 2024)

Überschwemmungen aufgrund von Klimaschwankungen und dem Einfluss von EL Niño haben in Ostafrika zur Vertreibung von mehr als 600.000 Menschen geführt und internationale Überwachungsbehörden warnen vor einer Bedrohung von neun äthiopischen Regionalstaaten. In Nachbarstaaten wie Kenia, Burundi, Somalia und Tansania sind bereits insgesamt mehr als 430 000 Menschen betroffen. Heftige Regenfälle und Überschwemmungen haben die Infrastruktur beschädigt, sowie Ernten und Ackerland zerstört. Man fürchtet, dass im Somali Regional State mehr als 770 000 Menschen wegen der starken Regenfälle vertrieben werden und auch in Südäthiopien, Zentraläthiopien und Südwestäthiopien etwa 145 000 Bewohner von starken Regenfällen betroffen sein werden. Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) warnt davor, dass weitere 421.000 Menschen in Teilen von Oromia, 83.000 in Afar, 45.000 in Amhara und 4.000 in Tigray ebenfalls von Überschwemmungen bedroht sein könnten.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) und die zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD) fürchten die Konsequenzen weiterer Regenfälle, in denen noch mehr Menschen in Not geraten würden. Auch könnte ein Mangel an Trinkwasser und unzureichende gesundheitliche Versorgung durch Wasser

übertragene Krankheiten befördern wie in Kenia, wo bereits 44 Fälle von Cholera gemeldet worden sein.

Im April dieses Jahres hatten die Vereinten Nationen bereits zu Hilfe für Äthiopien aufgerufen: Man spricht von rund 21 Millionen hilfsbedürftigen Menschen. Davon benötigten 15,5 Millionen lebensrettende Unterstützung, weitere 10,4 Millionen müssten mit Lebensmitteln versorgt werden. Äthiopien durchleide neben Konflikten, die Menschen vertreiben, auch an durch den Klimawandel verursachten Dürren und Überschwemmungen. Etwa 4,5 Millionen Menschen seien in Äthiopien auf der Flucht, hinzu kommen Hunderttausende aus dem Sudan, die vor dem dortigen Bürgerkrieg fliehen. In Teilen der nordäthiopischen Regionen Afar, Ahmara und Tigray sind laut UN viele Menschen deutlich unterernährt. Felder, Wasserversorgung, Kliniken und Schulen seien durch jahrelange Konflikte zerstört.

Quelle: <https://www.thereporterethiopia.com/39982/>
<https://www.dw.com/de/vereinte-nationen-bitten-um-millionen-hilfe-f%C3%BCr-%C3%A4thiopien/a-68841708>

UNICEF: ZUR HUMANITÄREN LAGE IN ÄTHIOPIEN

(März 2024) Momentan sind 21.4 Millionen Menschen in Äthiopien auf humanitäre Hilfe angewiesen, 10.8 davon sind Kinder. Innerhalb des Landes sind 3.45 Millionen Menschen auf der Flucht; außerhalb von Äthiopien befinden sich ca. 1 Million Menschen, die aus dem Land geflohen sind. In Somali und Oromia wurde ein Anstieg von Cholerafällen gemeldet, mit über 3.600 bestätigten Fällen in 49 verschiedenen Woredas (Bezirken). Sturzfluten werden in allen Regionen Äthiopiens erwartet, die sich in diesem Jahr aufgrund von El Niño voraussichtlich noch verstärken werden.

Insgesamt benötigt UNICEF 535 Millionen US-Dollar für die Bereitstellung humanitärer Hilfe, einschließlich Hilfsgütern, Bargeld, grundlegender Dienstleistungen und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien auf der Flucht. Bis Ende März 2024 stehen 60 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Das heißt, dass eine Finanzierungslücke von 89 Prozent besteht.

Quelle: <https://reliefweb.int/report/ethiopia/unicef-ethiopia-humanitarian-situation-report-no-3-march-2024>

ERITREA MUSS DIE EMPFEHLUNGEN DES SONDERBERICHTERSTATTERS UMSETZEN

Amnesty International fordert Eritrea auf, die Empfehlungen des UN-Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in Eritrea, die in aufeinanderfolgenden Berichten dargelegt worden sind, dringend umzusetzen.

Im Folgenden, die mündliche Stellungnahme, die während der 55. Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen vom 26.02.2024 bis 05.04.2024 abgegeben wurde:

Herr Präsident,

Die Menschenrechtssituation in Eritrea zeigt keinerlei Fortschritte. Eritrea bleibt einer der schlimmsten Verhaftungsorte für Journalist*innen, Politiker*innen und diejenigen, die es wagen, abweichende Meinungen zu äußern. Der Aufenthaltsort von 11 Politiker*innen und mindestens 16 Journalist*innen, die gewaltsam durch den Staat von Verschwundenlassen betroffen sind, weil sie sich lediglich gegen Präsident Isaias Afewerki ausgesprochen haben, ist unbekannt.

Junge Menschen in Eritrea sehen sich willkürlichen Festnahmen und anderen Formen der Bestrafung ausgesetzt, wenn sie den Militärdienst vermeiden, der für Staatsbürger*innen nach Abschluss der High School obligatorisch ist. Nach ihrem Eintritt werden sie einem unbestimmten Zeitraum des obligatorischen nationalen Militärdienstes unterzogen, für den Vorwürfe von Zwangsarbeit, Folter und sexueller Gewalt dokumentiert wurden. Jedes Jahr fliehen Tausende von Bürger*innen ihres Landes über gefährliche Routen, um dem Zwangsdienst zu entkommen.

Anhänger*innen von Religionen, die von der eritreischen Regierung als „nicht anerkannt“ bezeichnet werden, sehen sich weiterhin von willkürlichen Festnahmen betroffen. Im vergangenen Jahr im April starb Pastor Tesfaye Seyoum, der Gründer und Leiter der Meserete Kirstos Church, während seiner zehnjährigen Haft, in der er wegen Zugehörigkeit zu einer „nicht anerkannten“ Religion festgehalten wurde.

Die eritreischen Verteidigungskräfte (EDF) sind auch weiterhin in Teilen von Tigray, der nördlichen Region Äthiopiens, präsent. Unsere Erkenntnisse und die anderer deuten darauf hin, dass nach internationalem Recht von eritreischen Kräften in dieser Region Verbrechen begangen wurden. Es ist entscheidend, dass der

Sonderberichterstatter in der Lage ist, diese von eritreischen Kräften in Äthiopien begangenen Verstöße zu untersuchen.

Amnesty International fordert Eritrea nachdrücklich auf, die in den aufeinanderfolgenden Berichten des Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in Eritrea festgelegten Empfehlungen dringend umzusetzen und Tausende von Menschen freizulassen, die willkürlich inhaftiert wurden. Herr Sonderberichterstatter, können Sie die Optionen für Gerechtigkeit erläutern, um die Verantwortlichkeit der eritreischen Streitkräfte und Behörden zu gewährleisten, die verdächtigt werden, in der Region Tigray nach internationalem Recht Verbrechen begangen zu haben?

Danke, Herr Präsident

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr64/7779/2024/en/>

MAN MUSS MUTIG SEIN: TIGRAY RADFAHRER*INNEN FAHREN NACH DEM KRIEG WIEDER (Mai 2024)

Am 9. Mai waren die Radsportteams von Tigray, darunter auch die Frauen des Vereins Mekelle 70 Enderta, wieder auf der Straße unterwegs - ein kleines Zeichen der fragilen Normalität, die nach zwei Jahren des Krieges wieder eingeleitet ist. Hunger und Unsicherheit herrschen weiterhin in vielen Gebieten, aber zumindest der Sport hat wieder begonnen. Tigray ist in Äthiopien für seine Radsportkultur bekannt, doch die Bedingungen sind schwierig. Die Radfahrerinnen haben mit tiefen Schlaglöchern und mit Minibussen zu kämpfen, wenn sie um unübersichtliche Kurven rasen – und gelegentlich mit einer herumstreunenden Kuh. Nur drei der sechs Frauen-Radsportteams von Tigray haben den Krieg überlebt. Letzten Monat nahm das Team Mekelle 70 Enderta an einem mehrtägigen Turnier in Axum teil; Schauplatz des größten Massakers des Krieges im November 2020. Vor jedem Rennen wird eine Schweigeminute zum Gedenken an die Toten abgehalten. „Fast alle männlichen Radfahrer von Tigray hatten sich für den Kampf im Krieg gemeldet, und viele von ihnen wurden getötet“, sagte Berihu Mesfin, Generalsekretär des Radsportverbands von Tigray. „Wir haben wieder mit Wettkämpfen begonnen, aber der Radsport in Tigray muss sich erst noch erholen.“

Quelle: <https://www.theguardian.com/global-development/article/2024/may/09/you-need-to-be-brave-tigrays-female-cyclists-ride-again-in-the-aftermath-of-war>

Liebe Leser*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

IMPRESSUM:

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8. 10115 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de

Internet: www.amnesty-aethiopien.de

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Bonn

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.